



«Es ist vielleicht ein Vorteil, dass man während der Session auf relativ kleinem Raum «eingesperrt» ist.» Fotos: Peter Pfister

Martina Munz ist seit einem Jahr Nationalrätin und muss sich 2015 der Wiederwahl stellen

«Es wird nicht einfach werden»

■ Bernhard Ott

az Martina Munz, man darf davon ausgehen, dass es im Herbst 2015 einen harten Wahlkampf geben wird. Das wiederbelebte Bündnis von SVP und FDP hat Appetit auf Ihren Sitz bekundet und wird alles versuchen, um Sie aus dem Amt zu kippen. Wenn es dann heisst «alle gegen Munz», dann könnte es für Sie und die SP eng werden.

Martina Munz Davon gehe ich aus. Wir werden also einen engagierten Wahlkampf führen müssen, wobei ich hoffe, dass ich auf die gesamte Linke zählen kann. Wenn sich alle bürgerlichen Parteien gegen uns zusammenfinden, wird uns das aber auch beflügeln.

Sie haben bei Ihrem Amtsantritt erklärt, dass Sie sich unter anderem speziell für die bessere Vereinbarkeit von Job und Familie einsetzen wollen – ein Thema, das viele berufstätige Frauen interessiert. Was ist im letzten Jahr konkret passiert?

Der Nationalrat hat zwei wichtige Beschlüsse gefasst: Die Anschubfinanzierung des Bundes für Tagesstrukturen ist verlängert worden, und die Unterhaltsregelung für die Kinder von geschiedenen Eltern wurde neu geregelt.

Was heisst das konkret?

Die Anschubfinanzierung des Bundes will die Kantone ermuntern, öffentliche Tagesstrukturen zu schaffen. Einige Kantone wie etwa Schaffhausen haben in

Zwischenbilanz

Seit September 2013 sitzt Martina Munz als Nachfolgerin von Hansjürg Fehr im Nationalrat. Während die SP-Parteipräsidentin und langjährige Kantonsrätin das kantonale politische Parkett bestens kennt, musste sie sich auf nationaler Ebene zuerst einarbeiten. Inzwischen ist Halbzeit, denn bereits im Herbst 2015 finden National- und Ständeratswahlen statt, und Martina Munz muss sich der Wiederwahl stellen, gegen eine bürgerliche Koalition aus FDP und SVP, die Appetit auf den SP-Sitz hat. (B.O.)

diesem Bereich noch nichts oder zu wenig unternommen. Die Verlängerung der Bundeshilfe ist eine letzte Chance, die nun hoffentlich auch Schaffhausen beim Schopf packt.

Was will die neue Unterhaltsregelung?

Sie bringt neben dem gemeinsamen Sorgerecht in erster Linie eine bessere Stellung der Frau bei einer Scheidung.

Sie haben sich schon vor Ihrem Einzug in den Nationalrat sehr stark für die Energiewende und den Ausstieg aus der Kernenergie engagiert. Die Energiewende ist zwar beschlossen, aber wird sie auch umgesetzt?

Ja, die Politik hat wirklich einen grossen Schritt vorwärts gemacht. Gegenwärtig läuft im Nationalrat eine umfassende Debatte, und es scheint, dass wir einen guten Kompromiss finden werden.

Was sieht er vor?

Die linke Ratsseite musste auf die sofortige Abschaltung der Kernkraftwerke verzichten, andererseits sind wir nicht bereit, die Uralt-Kraftwerke bis zum St. Nimmerleinstag weiterlaufen zu lassen.

Gibt es nicht auch eine Lobby, die gerne ein neues Kernkraftwerk bauen würde?

Doch, diese Ewiggestrigen haben noch nicht ganz aufgegeben, aber wesentlich problematischer ist die Weiterführung der alten AKW. Sie produzieren ungebremst radioaktive Abfälle und durch ihr



Martina Munz und die Lobbyisten: «Sie können immer wieder Entscheidungen blockieren oder in ihrem Sinn umgestalten.»

fortschreitendes Alter sind sie erst noch eine grosse Gefahrenquelle.

Stichwort Abfälle: Unser Kanton ist im Visier der Nagra für die Erstellung eines Endlagers. Wie beurteilen Sie den Stand der Diskussion? Wird uns der Bund vor vollendete Tatsachen stellen?

Das ist zu befürchten. Unsere Region steht ganz oben auf der Prioritätenliste der Nagra, das gilt ganz besonders für Benken.

Und der Südranden?

Er wird mit Sicherheit im so genannten «2 mal 2 Vorschlag» enthalten sein. Für unsere Region ist ein Endlager im Südranden bedrohlich, aber Benken ist noch viel schlimmer, weil dort weitaus gefährlicherer Abfall gelagert werden soll.

Kann man überhaupt noch etwas tun, um Benken zu verhindern?

Wir müssen entschieden einfordern, dass

nicht nur Kernkraftwerke sicher sind, sondern auch die Endlager. Letztlich geht es um die Sicherheit der Bevölkerung. Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat (ENSI) ist für diese Frage zuständig, aber leider ist es eng mit dem Bundesamt für Energie (BFE) und der Nagra verhandelt, zu eng, wie ich finde. Das ist gefährlich, weil eine kritische Prüfung von sicherheitsrelevanten Entscheidungen weitgehend fehlt.

Ein anderes Thema beschäftigt Bundesbern in diesen Monaten ebenfalls sehr stark: die Personenfreizügigkeit

und unser Verhältnis zu Europa. Die Annahme der «Masseneinwanderungsinitiative» im Februar 2014 hat die

Beziehungen zur EU schwer belastet. Wie soll es weiter gehen?

Die «Masseneinwanderungsinitiative» ist vom Stimmvolk angenommen worden, da gibt es kein Wenn und Aber. Wir müssen jetzt eine Lösung suchen, die den Schaden möglichst minimiert. Entgegen

Martina Munz

SP-Nationalrätin Martina Munz ist in Küsnacht (ZH) aufgewachsen und hat an der ETH Agronomie studiert. Die Mutter von vier erwachsenen Kindern präsidiert seit 2009 die SP des Kantons Schaffhausen. Im Herbst 2000 wurde sie in den Kantonsrat gewählt. Obwohl die Politik heute ihr Hauptberuf ist, pflegt Martina Munz weiterhin ihr zweites Standbein, die Arbeit als Lehrerin an der Berufsschule Bülach, wo sie in einem 20-Prozent-Pensum unterrichtet. Die SP-Politikerin entspannt sich in der Freizeit beim Joggen und jastst leidenschaftlich gern. (B.O.)

«Alte AKW sind eine grosse Gefahrenquelle»

den Behauptungen der SVP, der Bundesrat mache zu wenig für die Umsetzung dieses Volksbegehrens, passiert im Hintergrund sehr viel. Wir werden laufend darüber informiert, was unsere Diplomaten unternehmen und wie sich die Verhandlungen entwickeln, denn wenn wir zu keinem guten Ergebnis kommen und die EU die Verträge mit der Schweiz kündigt, haben wir eine Menge zu verlieren.

Ein grosser Streitpunkt sind die Kontingente für Zuwanderer, die die Initiative einführen möchte.

Ja, denn diese Kontingente müssen gemäss der Menschenrechtskonvention, die auch die Schweiz unterzeichnet hat, gestaltet werden. Das betrifft vor allem den Familiennachzug. Die Initianten möchten, wie in den Sechzigerjahren, nur die Ausländer mit einer Arbeitsstelle in der Schweiz dulden, nicht aber deren Familien. Das ist ein klarer Wider-

spruch zur Menschenrechtskonvention. Jeder Mensch hat einen Anspruch, seine Familie bei sich zu haben. Er ist nicht einfach ein Arbeitsklave, der lediglich dazu da ist, uns seine Arbeitskraft zur Verfügung zu stellen.

Stoff genug also für heisse Debatten unter der

Bundeshauskuppel. In einem Rückblick auf die Sommersession schreiben Sie von einer «Gewitterstimmung innerhalb und ausserhalb des Bundeshauses». Was heisst das? Gibt es mehr Spannungen im Parlament als bei Ihrem Amtsantritt vor einem Jahr?

Das ist je nach Thema sehr unterschiedlich. Wenn es um Reizthemen wie etwa die Abkommen von Schengen und Dublin geht, kann es manchmal schon krachen. Bei anderen Sachfragen ist es

hingegen ohne Weiteres möglich, sich zu finden und die Gegensätze zu überwinden, sofern es den vielen Lobbyisten, die in der Wandelhalle ihre Netze knüpfen, nicht gelingt, einen mühsam ausgehandelten Kompromiss in letzter Minute wieder zu kippen. Das sorgt in der Regel meist für böses Blut, und zwar bei allen Parteien.

«Die Wege im Bundeshaus sind erfreulich kurz»

Wenn Sie auf Ihr erstes Jahr im Nationalrat zurückblicken: Welche Erwartungen haben sich bestätigt, welche nicht?

Bestätigt hat sich, dass die Arbeit in den Kommissionen sehr spannend, aber auch sehr aufwändig ist. Erfreulich sind die kurzen Wege: Man bekommt sehr leicht Zugang zu den Mitgliedern der Exekutive aber auch zu den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen und kann sich laufend am Rande der Sitzungen austauschen. Da ist es vielleicht ein Vorteil, dass man während der Session drei Wochen lang auf relativ engem Raum «eingesperrt» ist, wenn ich das mal so salopp sagen darf.

Trifft man sich nach den Sitzungen auch über die Parteigrenzen hinweg zu informellen Gesprächen? Geht man zusammen essen oder mal ein Bier trinken?

Ja, man trinkt hie und da einen Kaffee oder setzt sich für ein Gespräch in die Wandelhalle. Das ist weit angenehmer, als wenn man sich Mails schreibt oder telefoniert. Viel mehr Mühe habe ich übrigens inzwischen mit den Lobbyisten, und zwar nicht mit jenen, die in der Wandelhalle anzutreffen sind, sondern mit den Lobbyisten auf den Ratsesseln.

Aus welchem Grund?

Weil sie sich eigentlich für die Interessen der Bevölkerung einsetzen müssten, aber zum Teil erkleckliche Honorare als Verwaltungsräte beziehen und grossen Einfluss in ihren Fraktionen und im Rat haben. Gerade der Pharmedia oder den Dachverbänden der Wirtschaft gelingt es so immer wieder, Entscheide zu blockieren oder in ihrem Sinn umzugestalten, wie man kürzlich bei der dringend nötigen Gesundheitsreform oder bei der Verschärfung des Kartellgesetzes beobachten konnte.



An ihrem ersten Tag im Nationalrat wurde Martina Munz von ihrer Familie und ein paar Freunden zum Bundeshaus begleitet.